3. Jahrgang / Nr. 130

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 25885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H." Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837

Donnerstag, den 16. Juni 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespalten oder deren Raum im Text Mk. 3.—

„Nur keine Politik"

A. M. Der Verlauf und Ausgang des Waldenburger Bergarbeiterstreikes ist ein typisches Beispiel für Bewegungen, die, **scheinbar**, wirtschaftlich sind und zwangsläufig zu **politischen Bewegungen** werden.

Der Streik war ein Lohnstreik. Die Forderungen der Waldenburger Arbeiter waren fast ein Jahr alt. Das Waldenburger Revier war, was die Löhne betrifft, schlechter gestellt, als die anderen Kohlenreviere Deutschlands. Der Streik begann **gegen den Willen** der „Führer" im Waldenburgischen; diese Führer, Gewerkschaftsbürokraten, der Parteizugehörigkeit nach SPD-Leute, **sabotierten den Streik vom ersten Augenblick an.** Die Arbeiterschaft, ebenfalls meist der SPD angehörig, trat in den Streik **gegen** den Willen der Gewerkschaftsbürokraten, die den Streik gern zu einem „wilden" gemacht hätten.

Die Forderung war: 10 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.

Der erste Fehler der streikenden Bergarbeiter war der verhängnisvolle alte Fehler: daß sie, die zumeist auf dem Boden der „Demokratie" stehen, sich nichtsdestoweniger eine aus **diktatorisch verfahrenden, von den Streikenden weder gewählte noch kontrollierte Streikleitung gefallen ließen.**

Diese Streikleitung verhandelte in Berlin, ohne daß auch nur ein Arbeiter im Waldenburgischen weiß, wie und worum die Streikleitung verhandelte. Sie maßte es sich an, die „Interessen" der Arbeiter zu vertreten. Die Arbeiter, so sagten die edlen Herren von der Streikleitung, müßten einfach annehmen, was ihnen diese wunderbare Körperschaft bieten würde.

Die Kampfstimmung dieser Bonzenkörperschaft trat im Verlauf des Streiks grell genug in Erscheinung. Diese Bürokraten zermürbten tagtäglich die Kampffront der Arbeiterschaft durch die Versicherung, es hätte gar keinen Zweck, sich auf die Forderung von 10 Mark zu versteifen, man solle froh sein, wenn man überhaupt irgend etwas bekäme. Man kann sich denken, wie „entschlossen" diese Helden mit Unternehmern und Regierung verhandelte.

Die wenigen Kommunisten im Waldenburger Revier forderten die streikenden Arbeiter auf, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Ihnen waren diese Lakaien des Kapitals allzugut bekannt, als daß sie nicht von vornherein gewußt hätten, was die Arbeiter von diesen Verrätern zu erwarten haben. Die Kommunisten verlangten Ergänzung der Streikleitung durch Delegierte von jedem streikenden Betrieb; tägliche Rechenschaftsberichte; jederzeitige Abberufbarkeit der Streikleitung.

Kaum hatte die Waldenburger Arbeiterschaft diese Forderung begriffen, da machten die Gewerkschaftsbonzen einen Gegenzug:

Sie hatten sich mit den Grubenherren auf 66⅔ Pfennig täglicher Zulage geeinigt und erklärten den Streik für beendet.

Um ihre „Demokratie" recht schön zu illustrieren, berufen sie Belegschaftsversammlungen ein, denen das nackte „Resultat" mitgeteilt wurde, **die aber kein „Recht" hatten**, über dieses herrliche Resultat und die Fortführung des Streiks abzustimmen. **So wollten drei Dutzend Verräter über das Schicksal von 50 000 Arbeitern diktatorisch entscheiden.**

Aber die Arbeiter ließen sich nicht darauf ein. In einer Konferenz der streikenden Arbeiter, die von den Kommunisten einberufen, **von Arbeitern aller Parteien beschickt** war, beschlossen die Delegierten **einstimmig**, den Streik mit allen Kräften weiterzuführen

Die Bonzen waren mittags ratlos. Am Abend kam auf einer Wiese in Waldenburg eine Streikversammlung von etwa 20 000 Arbeitern zusammen, die von der parteilosen Konferenz, die am Morgen getagt hatte, einberufen war. Es wurde **einstimmig beschlossen**, den Streik weiterzuführen — **übrigens hat die sozialistische Presse die Resolution der Waldenburger glatt unterschlagen** — und ein riesiger Demonstrationszug begab sich vor das Gebäude der Gewerkschaftsführer. Dieselben Herren waren natürlich verduftet. Trotzdem sie am morgen den Streik für „beendet" erklärt hatten, und trotzdem eine neue Zentralstreikleitung von den Belegschaften gewählt worden war, war diese Gesellschaft wieder zur Stelle, als es galt, eine neue Schurkerei zu veranstalten: **sie die sich über jede Demokratie" hinweggesetzt hatten, verlangten plötzlich Urabstimmung über die Fortführung des Streiks.**

Hier machte die Arbeiterschaft einen **zweiten**, wenn auch begreiflichen **Fehler**.

Sie verweigerte die Komödie der Urabstimmung, weil sie sich ja schon und noch im Streik befand.

Aber den ausgekochten Gewerkschaftsbonzen war ihr Trick nötig, um die schon seit zwei Wochen im Kampfe stehenden Arbeiter an der empfindlichsten Stelle zu treffen: die Streikunterstützung machten sie abhängig von der Urabstimmung, an der sich 20 000 Arbeiter nicht beteiligten, weil sie keine Affenkomödie mitmachen wollten.

Das war ein Fehler: Man durfte dieser Verrätergesellschaft, die ein Abstimmungsresultat veröffentlichte, welches ebenso gefälscht sein kann, wie ihre lügnerischen Nachrichten über Streikunlust und einfahrende Belegschaften es waren, man durfte diesen Arbeiterbetrügern auch keinen formalen Vorwand geben, den Streik noch einmal abzubrechen.

Denn es war klar, und die Kommunisten hatten das in aller Schärfe in der ersten parteilosen Konferenz vorausgesagt, daß die Gewerkschaftsbonzen Polizei und Reichswehr auf das Revier hetzen würden, sowie der Streik über ihre Köpfe weggehen würde.

Prompt trat auch ein, was eintreten mußte: **die „wirtschaftliche" Natur des Streikes ward im Waldenburgischen illustriert durch Sipo, Schupo, Reichswehr und Verhaftungen der „Hetzer".**

Wäre eine wirklich proletarische, revolutionäre Führerschaft an Stelle des elenden Bonzengesindels da, **so müßte der Streik nach Einrücken der weißen Garden erst recht und verschärft weitergeführt werden.**

Da aber die Verräterbande mit den weißen Garden Hand in Hand arbeitet, erleiden die Waldenburger Arbeiter eine „wirtschaftliche" Niederlage, die in Wirklichkeit wieder einmal **eine politische Niederlage der** Klasse ist.

Aber in dieser Situation muß sich die Arbeiterschaft vor einem dritten Fehler hüten. Die „normale", **revolutionäre** Entwicklung des Streiks hätte die Parole der Entwaffnung der weißen Garden und der Bewaffnung der Arbeiterschaft ganz **von selbst** sein müssen. Die „normale" **konterrevolutionäre** Entwicklung, veranlaßt durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten, darf nicht der **Anstoß werden zu einer Flucht der Arbeiter aus dem Bergarbeiterverband.**

Die Lehre des Waldenburger Streiks muß für die Arbeiter eine andere sein: **sie haben die Diktatur der selbstherrlichen Bonzen zu brechen, das Verrätergesindel an die Luft zu setzen und die Geschäfte des Verbandes selbst zu besorgen.**

Und das ist eine Aufgabe, deren Lösung eine Vorbereitung auf den nächsten Kampf bedeutet, der nicht ausbleiben wird, weil die Unternehmerschaft auf der ganzen Linie angreift, **und weil die Arbeiterschaft sich nicht nur wehren muß, sondern zum Gegenangriff übergehen, will sie nicht untergehen.**

Das Wüten der Weißen Gerichte in Breslau

Ein Schandurteil gegen die Schlesische Arbeiter-Zeitung

Das außerordentliche Gericht in Breslau hat nun endlich auch bewiesen, daß es daseinsberechtigt ist.

Am Montag begannen die Verhandlungen gegen die kommunistischen „Schwerverbrecher". Zuerst wurde der „Schlesischen Arbeiterzeitung" der Prozeß gemacht. Auf unsere Zeitung hatte die schlesische Reaktion eine ganz besondere Wut. Mit rücksichtsloser Offenheit hatte die Arbeiterzeitung die geheimen Wühlereien der Orgesch ans Tageslicht gezerrt und die Arbeiter Schlesiens zum Kampf gegen die reaktionären Wühler und Hetzer aufgerufen.

Eine Beschlagnahme war der anderen gefolgt.

Orgesch-Lyß war auf dem Posten. Mit Eifer hetzte dieser Wurmfortsatz des Kapp-Putsches gegen die Kommunisten. Er war es ja auch, der in dem ersten Prozeß gegen die schlesischen Kommunisten als Hauptzeuge auftrat. Und er hat auch das nötige Spitzelmaterial besorgt, damit auch noch den anderen Kommunisten der Prozeß gemacht werden kann.

Nun Lyß hat seinen ersten Prozeß gewonnen. Paarweise hat er die Kommunisten in der Breslauer Bastille zusammengetrieben und hat dann erst mit Hilfe seiner Spitzelkampagne das Material gegen die Untersuchungsgefangenen zusammengetragen. Seine Arbeit hat sich gelohnt.

Wenn es ihm auch nicht gelungen ist, den Geschäftsführer und die Genossenschaftsvorstände hinter Schloß und Riegel zu bringen, so hat er es doch bei den weißen Richtern der ebertinischen Ausnahmegerichte erreicht, daß die Redakteure in den Kerker geworfen wurden.

Die Verhandlungen vor dem Breslauer Ausnahmegericht, über die wir an anderer Stelle eingehend berichten werden, dauerten von Montag bis zum späten Dienstagnachmittag.

Unter der Anklage zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zum Hochverrat aufgefordert zu haben, standen nicht nur die verantwortlichen Redakteure Genossen Neubert und Ernst Becker, sondern auch der Geschäftsführer Kühl und die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft Riedel und Dennelang.

Lyß hatte von der Orgesch den Auftrag erhalten, das gesamte Unternehmen der Arbeiter-Zeitung totzumachen.

Deshalb ruhte er nicht eher, bis auch der Geschäftsführer mit unter Anklage gestellt war.

So gern natürlich auch das Gericht den Geschäftsführer und den Genossenschaftsvorstand mitverurteilt hätte, um

das Klassenurteil

vollkommen werden zu lassen, so sehr hütete es sich doch einen Fall zu schaffen, der gegebenenfalls Blättern ihrer Richtung einmal mit zum Verhängnis hätte werden können.

Die Verteidigung unserer Genossen lag in den Händen der Rechtsanwälte Genossen Simon-Breslau und Dr. Rosenfeld-Berlin. Von beiden wurde gleich zu Beginn der Verhandlung die Zuständigkeit des außerordentlichen Gerichtes angezweifelt. Aber natürlich vergeblich.

Die weißen Klassenrichter berieten sich auf die Verfügung des Rechtssozialisten Ebert. Der habe sie hier nach Breslau geschickt, und da sie nun einmal auf die Kommunisten losgelassen seien, müßten sie auch ihres Amtes walten.

Der Staatsanwalt behauptete natürlich, daß die Kommunisten mit den Zeitungsartikeln die Verfassung hätten stürzen wollen. Er beantragte denn auch gegen die Redakteure je zwei Jahre Festung und gegen Kühl und Riedel 1 Jahr Festung. Damelang sprach er frei.

Erst am Dienstag nachmittag wurde das Urteil verkündet.

Das Urteil.

Der Genosse Ernst Becker wurde zu 1 Jahr 5 Wochen Festungshaft, Neubert zu 1 Jahr 5 Monaten Festungshaft verurteilt. Die übrigen Genossen wurden freigesprochen.

Damit hat das außerordentliche Gericht in Breslau seine ersten Schandurteile gegen Kommunisten gesprochen.

Während drei Aufockbestien vom Reichsgericht amnestiert werden, während die Orgeschbanditen Schlesien bedrohen, während ein Orgeschstrolch einen Arbeiterführer in Bayern niederknallt, schickt hier das weiße Gericht Arbeiter ins Gefängnis, die nichts anderes verbrochen haben, als daß sie als Kommunisten ihre politische Meinung geäußert.

Das sind die Rechtszustände in der deutschen Ebert-Republik.

Mit der Gerechtigkeit wird auf das schamloseste Schindluder gespielt, Arbeiter füllen zu Tausenden die Zuchthäuser und die reaktionären Mordstrolche werden amnestiert und erfreuen sich aller Freiheit.

Nieder mit den Ausnahmegerichten!

Nieder mit Lyß und der Breslauer Spitzelkloake!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Politische Uebersicht.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

(Zur Reichstagssitzung vom 14. Juni.)

Die Regierung Wirth und mit ihr der Reichstag gehen an die Ausführung ihres wirtschaftlichen Programms, das auf die Neubeseitigung der Grundlagen des kapitalistischen Systems abzielt. Die vornehmste Aufgabe auf diesem Gebiete ist die Wiederherstellung jenes Solidaritätssystems, zwischen Industrie und Landwirtschaft, das sich in der Periode des Hochschutzzolles herausgebildet hatte. Vor dem Kriege hatte die deutsche Landwirtschaft ein durch den Hochschutzzoll künstlich geschaffenes Monopol auf dem deutschen Inlandsmarkt, mit dessen Hilfe sie die Brotpreise und die Preise für Fleisch auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung in die Höhe trieb. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen hat die deutsche Landwirtschaft ein Monopol, das nicht durch Hochschutzzölle, sondern durch die Valutaverhältnisse gesichert ist. Die gesetzliche Freigabe des Handels mit Getreide wird darum agrarischer Preistreiberei ohne weiteres freien Lauf geben, die Anpassung der deutschen Getreidepreise an die Weltmarktpreise herbeiführen.

Gesteigerte Getreidepreise bedeuten gesteigerten Profit der Landwirtschaft, bedeutet aber auch Fortschreiten der **allgemeinen** Preissteigerung und damit die Belastung und Einschränkung des Verbrauchs der breiten Massen. Die Landwirtschaft drängt auf die Beseitigung der Zwangswirtschaft, um solidarisch mit der Industrie, ungehindert durch staatliche Einschränkungen, an der Ausplünderung der Arbeiter zu wirken. Auf dieser Grundlage soll das Solidaritätssystem zwischen Industrie und Landwirtschaft wieder hergestellt werden. Im Hintergrunde dieser Bestrebungen aber lauert ein neues **Hochschutzzollsystem.** Gesteigerte Getreidepreise lassen die Güterpreise steigen, und in der Folge der Wirkung gesteigerter Güterpreise wird das weltbekannte Geschrei von der Not der Landwirtschaft aufs neue anheben. Nur nicht mehr mit der Forderung: Freigabe der Wirtschaft, sondern mit der Forderung gesteigerten Hochschutzzolles. Planmäßig arbeiten die deutschen Agrarier in dieser Richtung und hoffen ein neues kapitalistisches Zeitalter der Schröpfung des Proletariats.

Je energischer aber das Drängen der Agrarier, umso deutlicher wird die Ohnmacht eines Systems der staatlichen Regulierungen, das nicht getragen wird von dem Gedanken der völligen Umgestaltung der Eigentumsordnung, sondern das sich darauf beschränkt, im Rahmen des kapitalistischen Systems mit den Mitteln der Zwangswirtschaft in das kapitalistische Wirtschaftsleben einzugreifen. Solange nicht die Staatsgewalt, gestützt auf den Willen der Arbeiter, entscheidende Schläge gegen die Stützpfeiler des kapitalistischen Systems führt, erweisen sich die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus stärker als die Staatsgewalt. Schleichhandel und offener Widerstand der Agrarier haben das System der Zwangswirtschaft durchlöchert, und die Regierung steht heute vor der Frage, ob sie die Autorität der Staatsgewalt in der Gesetzgebung gegen die Agrarier mit allen Mitteln durchführen oder ob sie nachgeben soll. Die Durchsetzung der Staatsautorität aber führt zum schärfsten Klassenkampf, ja zum Bürgerkrieg. Niemand wird das von einer Regierung erwarten, die bürgerliche Klasseninteressen vertritt; sie geht an den Abbau der Zwangswirtschaft.

Dem Reichstage lag am Dienstag der **Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide** vor. An die Stelle der Zwangswirtschaft soll das sogenannte Umlageverfahren treten, das nichts anderes ist als der Uebergang zur freien Wirtschaft. Der Ernährungsminister **Hermes** vertrat diese Vorlage, wobei er über seine agrarischen Sympathien keinen Zweifel ließ. Für ihn ist es klar, daß hinter diesem Verfahren die völlige Beseitigung der staatlichen Regelung des Verkehrs mit Getreide steht. Der Unterschied zwischen ihm und dem Edlen von **Braun**, der die Forderung der Freigabe der Getreidewirtschaft erhebt, ist der, daß der eine ein Jahr des Ueberganges einschieben will, während der andere sie sofort freigeben will.

Der Sozialdemokrat **Schmidt-Köpenick** erging sich in heftiger Polemik gegen die Deutschnationalen, aber seine Partei, die teil hat an der bürgerlichen Regierung, kann sich ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien der Beachtung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus entziehen. Er kündigt Verbesserungsanträge seiner Partei an, aber nach Ablehnung dieser Anträge wird seine Partei für das Umlageverfahren stimmen. Unter dem bürgerlichen Regime sind die Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft mächtiger als die parlamentarische Gesetzgebung.

Schindluder mit dem Leben der Bergarbeiter.

Aus dem Preußischen Landtag.

(Sitzung vom 14. Juni 1921.)

Das Haus ist nur schwach besetzt, die leeren Stuhlreihen erregen die Stimmung von Interesselosigkeit und Müdigkeit, die so sehr charakteristisch für bürgerliche Parlamente ist. Die einzelnen Redner vermögen kaum, sich verständlich zu machen, laute Unterhaltungen und Zwischenrufe erfüllen den Sitzungssaal. Zu Beginn der Reden verlassen die meisten Abgeordneten fluchtartig den Saal. Das Interesse an den zur Beratung stehenden großen Anfragen ist sehr gering.

Die Sitzung wird 1,3 Uhr eröffnet. Nach Erledigung einer kleinen Anfrage wird die **Einstellung des Strafverfahrens** gegen den Abgeordneten **Otter-Bochum** (II Soz.), sowie der strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten **Brandenburg** (Soz.) wegen **Beleidigung** beschlossen. Darauf folgt die Beratung der großen Anfragen über das **Explosionsunglück auf der Zeche „Konstantin der Große“**. Selbst der Regierungsvertreter mußte zugeben, daß das Schlagwetter und die darauffolgende Kohlenstaubexplosion auf **technische Mängel** zurückzuführen sei. Die bürgerlichen Abgeordneten versuchten, die Unternehmer reinzuwaschen, die Katastrophe lediglich als eine **„unglückselige Verkettung von Zufälligkeiten“** hinzustellen und der Unvorsichtigkeit der Arbeiterschaft den Hauptteil der Schuld zuzuschieben. Abg. **Osterroth** (Soz.) wies darauf hin, daß in sehr vielen Fällen die Beschwerde der Betriebsräte über Nichtbeachtung bergpolizeilicher Verordnungen bei der Betriebsleitung ungehört verhallen. Unter Genosse **Sobottka** führte aus: „Während des Krieges hat man die Abfuhr des Kohlenstaubes aus den Gruben unterlassen. Dieses Versäumnis rächt sich jetzt an den Bergarbeitern. Der Betriebsrat auf Zeche Konstantin hat seine Pflicht getan. Er hat

8 Tage vor dem Unglück auf die Gefahr aufmerksam gemacht!

Die Bergarbeiter haben vergeblich erwartet, daß der Landtag durch ein Gesetz ihr Leben besser schützt. Solange die Bergarbeiter nicht auch wirklich in die Leitung des Betriebes eingreifen können, können sie nichts Wirksames zum Schutze der Bergarbeiter tun.“

Nach Erledigung der Aussprache wird die große Anfrage an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Nun folgt die Behandlung des Antrags der Deutschen Volkspartei über die **Ausführung des Ueberalterungsgesetzes.** Der deutschnationale Redner ergeht sich in Verherrlichungen des „alten Beamtenpreistes“ und der Geheimräte, die die „Träger des Staatsgedankens“ seien. (Links Lachen. Zuruf: Geheimverräter!)

Die Aussprache wird abgebrochen.

Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen. Zweite Beratung des Haushaltes der Justizverwaltung.

Schluß 7 Uhr.

Von unserer Fraktion wurde heute im preußischen Landtag folgender Antrag eingereicht:

In Rüdersdorf-Kalkberge sind etwa 2000 Arbeiter durch brutale Unternehmerwillkür ausgesperrt worden. Die Zementwerke Thyssen, C. O. Wagner und Guthmann u. Jeserich haben die Aussperrung verhängt, nicht nur um die Forderung der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer überaus mißlichen Lohnverhältnisse abzuwehren, sondern um darüber hinaus den Arbeitern wesentlich verschlechterte Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen.

Durch dieses unerhörte Vorgehen der Unternehmer werden aber auch die staatlichen Kalksteinbrüche in Mitleidenschaft gezogen, da die Zementwerke ihr Rohmaterial von diesen bezogen haben.

Um der Gefahr weiterer Ausdehnung der Arbeitslosigkeit vorzubeugen und um der Unternehmerwillkür ein Ende zu machen, wolle der Landtag beschließen:

a) das Staatsministerium wird beauftragt, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um die genannten Zementwerke in staatlichen Betrieb zu übernehmen;

b) bis zum Abschluß des Verfahrens die Werke zwangsweise in Betrieb zu setzen unter Gewährung der für Arbeiter dieser Kategorie in Berlin üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ferner reichte unsere Fraktion folgende kleine Anfrage ein:

Im Waldenburger Kohlengebiet sind in der Nacht vom 8. zum 9. Juni zahlreiche Bergarbeiter, unter anderm auch die Bergarbeiter Ullrich-Gottesberg, Reinelt und Klotz-Niederhermsdorf, ohne jeden Grund verhaftet und wie Verbrecher unter einem großen Aufgebot von Schupo in Lastautos abtransportiert worden.

Wer hat die Verhaftungen angeordnet? Aus welchem Grunde geschah dies?

Wird das Staatsministerium die sofortige Freilassung der zu Unrecht ihrer Freiheit Beraubten verfügen?

Die sächsischen Unabhängigen gegen Lipinski.

TU. Dresden, 14. Juni.

Der sächsische Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich in zweiter Beratung ohne wesentliche Abänderungen einstimmig an. Der sächsische Minister des Innern Lipinski (U.S.P.) hatte dem Landtag ein Gesetz vorgelegt über Abänderungen im Polizeiwesen. Bei der Endabstimmung ergab sich die bemerkenswerte Tatsache, daß alle Parteien von den Mehrheitssozialisten bis zu den Deutschnationalen dem Entwurf zustimmten mit Ausnahme der Unabhängigen, die die Vorlage ihres Ministers schon in den Beratungen scharf angegriffen hatten. Dem Vorgehen der Unabhängigen schlossen sich die Kommunisten an.

Kommunistische Anträge im sächsischen Landtag gegen die Gefangenenquälerei.

Die unmenschliche Behandlung der Strafgefangenen, vor allem der politischen, in den sächsischen Strafanstalten zwang die Fraktion der VKPD. nachstehenden Antrag einzubringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, schnellstens eine Verordnung zu erlassen, nach der

1. **den Strafgefangenen das Recht zusteht, alle von ihnen verlangte und ihnen zugestellte Literatur und Tageszeitungen zu empfangen,**
2. **den politischen Untersuchungs- und Strafgefangenen auf von ihnen gestellten Antrag das Recht zusteht, sich selbst zu beschäftigen und zu beköstigen,**
3. **die Untersuchungs- und Strafgefangenen täglich einmal Lebensmittel empfangen dürfen.**

Die sozialistische Regierung Sachsens hätte, ohne daß ein Anstoßen von außen nötig sein dürfte, auf Grund des Beschlusses des Reichstages, nach dem die Urteile der Sondergerichte nachgeprüft werden sollen, aufhören müssen, die Verurteilten einzusperren. Sie tut dies nicht. Unsere Genossen stellten deshalb im Landtag folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt zu veranlassen, daß die Strafvollstreckung der vom Sondergericht Dresden Verurteilten so lange ausgesetzt wird, bis die Urteile auf Grund des Reichstagsbeschlusses nachgeprüft sind.

Die Verurteilten, die ihre Strafe bereits angetreten haben, sind bis dahin zu entlassen.

Streikabbruch in München.

München, 14. Juni.

Trotz all unserer Bemühungen, die Fortführung des Kampfes bis zur Durchsetzung unserer Forderungen zu erzwingen, ist es der vereinigten Sabotage der ASK.-, SPD.- und ADGB.-Führer gelungen, den Abbruch des Streiks herbeizuführen. Die Arbeit ist heute früh überall wieder aufgenommen worden. Die Setzer der bürgerlichen Zeitungen begannen schon gestern abend mit ihrer Arbeit, so daß die bürgerlichen Blätter heute früh vollständig, ja sogar in vergrößertem Umfange, erscheinen konnten.

Die bürgerliche Presse verlangt, daß einem nächsten Arbeiterstreik der Bürgerstreik folgen soll. Die Entwaffnung ist eingeleitet, die wenigen Waffen, die von den Truppen der Reaktion abgeliefert wurden, wurden den Orgeschmannen zum Teil noch zurückgegeben.

Nach dem bayrischen Generalstreik.

Der „Vorwärts“ berichtet, daß in München an die Einwohnerwehrleute Zettel zur Verteilung gekommen sind mit der Aufforderung, die Waffen zurückzubehalten und aus den Depots zurückzuholen. Die Kahrregierung verfertigt dafür das übliche bestätigende „Dementi“.

Kahrs Frechheit steigert sich von Tag zu Tag. In der amtlichen Mitteilung bezeichnet die Münchener Regierung die Interpellation der U. S. P. im Reichstag als „gemeingefährlich“ und „frechhaft“. Die bayerische Regierung, die selbst zu blöd war, um sofort nach der Ermordung von der Möglichkeit zu sprechen, daß der Mordbube ein „Kommunist“ gewesen sei, nimmt jetzt die Anregung der reaktionären Presse dankbar auf und schreibt, sie wisse nicht, **ob der Mörder ein Fanatiker der Rechten oder der Linken sei.** Die Münchener „Post“ druckt einen ihr zugesandten Bericht ab, indem der Schreiber sich als den Mörder bezeichnet, der in **Gareis** einen Feind des Vaterlandes getötet habe und geflohen sei, um sich sein Leben für weitere „befreiende Taten“ zu erhalten.

Die Eröffnung **des bayrischen Landtages** schiebt die Regierung „mit Rücksicht auf die politische Lage“ auf den 21. Juni hinaus. Auch die Prozesse gegen kommunistische Arbeiter, die jetzt von dem Sondergericht München durchgeführt werden sollten, hat die Regierung angesichts der Erregung der Arbeiterschaft verschoben. Und doch tun die Bürokraten der Gewerkschaften, der SPD. und der USPD. alles, um ihr Mut zu machen. Der Deutsche Eisenbahnerverband München forderte die Eisenbahner in einem Flugblatt zum Streik während der Trauerkundgebung auf, in der er als Zweck des Generalstreiks beileibe nicht den Sturz der Regierung Kahr usw. bezeichnet, sondern nur der Regierung Kahr-Poehner „einen Wink mit dem Zaunpfahl“ zu geben. Nach der Trauerkundgebung erließen die Führer des ADGB., der SPD. und der USPD. eine Proklamation an das werktätige bayerische Volk, in der es heißt: „Die Regierungspeitsche wird vom Münchener Landvoot immer stärker geschwungen. Wir spotten der Panzerautos, der schweren Maschinengewehre, der Drahtverhaue und der ganzen Soldateska des Münchener Landvoots. Am Grabe unseres treuen Toten schwören wir, nicht zu ruhen und zu rasten, die Bayerns Zustände denen zivilisierter Staaten (!!!) wieder gleichen. Wohlan, das Maß ist voll, der Kampf ist entbrannt, die erste Schlacht wird geschlagen“ — und der Streik vor Erreichung des Zieles abgebrochen — und der Streik auf Bayern beschränkt und alles soll in ein parlamentarisches Geschwätz auslaufen — und die U.S.P.-Führer rufen noch immer nicht zum Kampf gegen die Reichsregierung auf, die nach ihrer eigenen Aussage das Treiben Kahrs bisher nur gefördert hat und weiter fördern wird, — und die Arbeiterschaft wird verraten und verkauft, in Kampflosigkeit angesichts der rüstenden Reaktion erhalten von Leuten, die ihren Mund nicht voll genug nehmen können von „entbrennenden Kämpfen“ und „geschlagenen Schlachten.“ Jetzt wissen die Arbeiter, welches Ziel die U.S.P.- und S.P.D.-Führer sich stellen. Während sie den gläubigen Proletariern vom Kampf um den Sozialismus vorlügen.

Die SPD. wollte den Rücktritt der Regierung Kahrs nicht zu ihrer Forderung erheben. Die USPD. überläßt nach der jetzt abgeschlossenen Demonstration befriedigt den Kampf gegen Kahr der Reichsregierung. Die „Freiheit“ schreibt, daß „Kahr eben mit samt seiner Terroristenclique fliegt, wenn er sich gegen die Entwaffnung weiter sträuben sollte.“ Wer aber soll Kahrs „Flug“ erzwingen? Das kann nur die zum revolutionären Kampfe entschlossene, einheitlich geführte Arbeiterschaft tun, die alle feigen und unbewußt oder bewußt verräterischen Führer von sich abschüttelt, welche die Arbeiter gespalten erhalten, um die Aufnahme des Kampfes zu verhindern, durch den allein Kahr—Poehner mit samt seiner Terroristenclique und mit samt der heuchlerischen, arbeiterfeindlichen Wirth-Bauer-Regierung vernichtet werden kann.

Die Kriegsindustrie erwacht!

Die Kapitalisten rechnen mit neuen bewaffneten Konflikten. Es winkt ihnen wieder ein gutes Geschäft. Die Firma Krupp in Essen beginnt bereits mit der Herstellung von Kriegsmaterial. In der Maschinenabteilung 21 sind drei Haubitzen in Arbeit gegeben worden. Die Vorbereitungen für neues Morden sind also in vollstem Gange.

Die Justiz schützt den Profit.

Gefängnis für „Verrat von Fabrikgeheimnissen“.

Fabrikgeheimnisse, die Quelle von Monopolprofiten, sind für die Kapitalisten unantastbare Heiligtümer. Nur aus dem innigen Verständnis der bürgerlichen Gerichte für die Profitsorgen der Kapitalisten ist daher folgendes Schandurteil zu verstehen:

(TU.) Mannheim, 13. Juni. (Frankfurter Zeitung.) Wegen Verkaufs von Fabrikgeheimnissen wurde der 24 Jahre alte Maschinenführer Johann Hauck vom Neustädter Schöffengericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er im April 1920 einem Ausländer fünf Zeichnungen von Maschinen und geheim gehaltenen Verfahren aus der Farbenfabrikation für die Summe von 450 000 Mark verkauft hatte.

Der Arbeiter Hauck, der sich dazu verführen ließ, ein paar geheime Papiere zu veräußern, büßt diesen Fehltritt mit einem Jahre Gefängnis.

Die Direktion derselben Fabrik aber (Badische Anilin- und Sodafabrik) hat in aller Öffentlichkeit ihr Patent für künstliche Ammoniakgewinnung an „Ausländer“ verraten und dies sicher nicht gratis. Und hinter diesen Ausländern stand niemand anders als das französische Kriegsministerium, das mit dem verratenen deutschen Patent in den französischen Munitionsfabriken Versuche anstellen läßt, wie man die Leiber der deutschen Soldaten in einem kommenden Kriege am besten zerfetzt.

Man hat bis heute noch nichts davon gehört, daß ein Gericht einem dieser famosen Direktoren auch nur ein Haar krümmte. Die Millionenschieber, die im wahrsten Sinne ihr Volk verraten, die dem „Erbfeind“ Munitionsgeheimnisse verraten, sie gehen straflos aus, sie dürfen an ihrem Verrat verdienen so viel sie wollen. Und die Röchling und Konsorten im Saarland, die ihre Fabrikgeheimnisse mitsamt den Fabriken und Arbeitern an die Franzosen verschachern, sie „büßen“ ihren „Verrat“ mit Millionengewinnen. Man hat auch nichts davon gehört, daß jene famosen deutschen Chemiker bestraft wurden, die ihre Fabrikgeheimnisse an Amerika verrieten und dort zur Zeit in Dollarmillionen schwimmen.

Die Schändlichkeit der deutschen Klassenjustiz zeigt sich auf allen Gebieten, sowohl in der Politik als auch da, wo die „heiligsten Güter der Nation“, nämlich die Profite der Kapitalisten bedroht sind.

Gareis' Begräbnis.

München, den 13. Juni 1921.

Trotz Polizeiverbotes sammelte sich heute nachmittag das gesamte Proletariat Münchens in imposanten Zügen, die zum Ostfriedhof zogen, wo die Beisetzung von Gareis stattfand. Die sozialistische Mehrheit des Münchener Stadtrats hatte auch die Stillegung der Straßenbahn auf 4 Stunden angeordnet. Die stark bewaffnete Polizei versuchte die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre Bemühungen blieben erfolglos.

Böhner, der Polizeigewaltige Münchens, ließ ein ungeheures Aufgebot von **Panzerwagen, Schützen, Maschinengewehrabteilungen und Kavallerie** anläßlich des Begräbnisses aufmarschieren. Auch die Isarbrücken waren mit Panzerautos und Drahtverhauen gesperrt. Während die großen Züge der Arbeiter unbelästigt blieben, machte sich die Polizei in der Müllerstraße mit Gummiknüppeln an kleinere Trupps heran und sprengte sie erfolgreich. Zum Ostfriedhof war eine ungeheure Menschenmenge geströmt, die nach Zehntausenden zählte.

Der Lehrer Hierl, ein Freund des Toten, sprach als Erster am Sarge, dann Redakteur Neumann und Ledebour im Namen der unabhängigen Parteizentrale. Es folgten noch Redner der ausländischen sozialdemokratischen Parteien. Republikanische und pazifistische Vereinigungen ließen Kränze am Sarg niederlegen.

Die Mansfelder Kreistagswahlen.

Ein Bericht des „Vorwärts" vom 13. Juni anläßlich der Kreistagswahlen für den Mansfelder Seekreis, schwafelt von einem katastrophalen Zusammenbruch der VKPD. Letztere entsendet wohl jetzt nur 7 statt 13 Vertreter in den Kreistag, während die SPD. 5, die USP. 3 und die Rechte 15 Vertreter erscheinen läßt.

Der „Vorwärts" verschweigt jedoch seinen Lesern, in welch bestialischer Weise die Weißen Garden dort hausten und jetzt noch wüten, verschweigt, daß viel tausende Mitglieder der VKPD. sich in Gefängnissen oder auf der Flucht befinden.

Er verschweigt, daß Versammlungen der VKPD. fast gar nicht stattfinden konnten.

Die USP. hatte sich des weiteren einen kommunistischen Spitzenkandidaten zugelegt, womit auch die sauberen Kampfesmethoden der USP. gekennzeichnet sind.

Ein zuverlässiger Gradmesser der Verhältnisse ist die dortige Parteipresse. Die Gesamtauflage betrug 10 000. Trotz Verbots der kommunistischen Presse, trotz Belagerungszustand wird sie jetzt schon wieder in 8000 Exemplaren verbreitet, so daß sogar von einem Erstarken des kommunistischen Gedankens gesprochen werden kann.

Dem „Vorwärts" sind jedoch diese Roßtäuscherkunststückchen schon so in Fleisch und Blut übergegangen, aus Gründen des absichtlichen Verschweigens der Tatsachen, daß er Lüge und Wahrheit schlecht auseinander zu halten vermag.

Der Stinnesmann Wiederaufbaukommissar.

„Der Präsident der Reichsrücklieferungskommission, Kommerzienrat Dr. jur. Guggenheimer, ist vom Reichspräsidenten bis auf weiteres mit der auftragsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskommissars zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten im Ehrenamt betraut worden."

Die „Vossische Zeitung" begleitet die Ernennung Guggenheimers, des Direktors der Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik, die dem Stinnesschen Machtbereich angehört, mit folgenden Worten:

„Daß Dr. Guggenheimer für den besonders wichtigen Posten im Ressort des Wiederaufbauministeriums ausgewählt worden ist, darf übrigens als ein weiterer erfreulicher Beweis dafür gelten, daß sowohl der Reichskanzler als der Wiederaufbauminister den dringenden Wunsch hegen, in der Wiederaufbaufrage nicht mehr bürokratisch auf dem Instanzenwege, sondern durch einen gewandten Geschäftsmann in der Art verhandeln zu lassen, wie man in der Industrie und in der großen Handelswelt dringende und schwierige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen gewohnt ist."

Das heißt, die Profitwirtschaft auf eigene Faust hat über die staatskapitalistischen „Sozialisierungs"gelüste Rathenaus den vollständigen Sieg davongetragen. Der schrankenlosen Ausraubung des Proletariats steht von Regierungwegen kein Hindernis entgegen. Die einzige Schranke, die sie finden kann, ist der Widerstand der Arbeiterklasse.

Hölz vor dem Moabiter Sondergericht.

(Fortsetzung)

Es folgt dann die Vernehmung der **medizinischen Sachverständigen.** Interessant ist hierbei der Einblick in den Lebenslauf des Hölz. **Hölz'** Vater, der noch lebt, ist ein Ackerbürger und hat für die politischen Motive seines Sohnes kein Verständnis. Hölz hat die **Dorfschule** besucht. Schon mit elf Jahren hat ihn sein Vater als **Hirt** vermietet. Nach dem Verlassen der Schule arbeitete er noch zwei Jahre in der Landwirtschaft. Ein Zivilingenieur nahm ihn nach England mit. Hier besuchte er, während er nachts Wagen wusch, um zu leben, am Tage die technische Hochschule. Er hatte sich so beträchtliche englische Kenntnisse angeeignet, daß er in einem Ingenieurbüro arbeiten konnte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland arbeitete er in Berlin bei den Kleinbahnfirmen Orenstein & Koppel und Bachstein. Dann machte Hölz den Versuch, das Einjährigen-Examen nachzuholen. Er besuchte an Tage eine „Presse", war abends als Kinooperateur tätig und mußte nachts seine Schularbeiten erledigen. Diese doppelte Tätigkeit brachte ihn aber so herunter, daß er zusammenbrach.

Bei Beginn des Krieges äußerte sich sein Gemeinsamkeitsgefühl noch unter „nationaler Einstellung", daß er sich als Kriegsfreiwilliger meldete. Hölz war kein Drückeberger. Meldete sich vom Stabe des Generals von Karlowitz, obwohl Kavallerist, als Meldereiter bei der Infanteriedivision zur Front. **Die Militärakten ergeben, daß Hölz während der vier Jahre des Weltkrieges ein besonderes Martyrium durchgemacht hat.** Ein Sturz mit dem Pferde und Verschüttungen brachten ihm solche Gehirnschmerzen ein, daß er fürchtete, wahnsinnig zu werden und führten ihn zu einem **Selbstmordversuch.**

Während der Gefängnisarzt Dr. Hirsch die Intelligenz des Angeklagten herabzusetzen sucht, betont der Privatdozent für gerichtliche Medizin Dr. Bürger, daß Hölz eine Intelligenz, **die weit über dem Durchschnitt stehe,** zeige. Hölz habe mit gutem Verständnis die Werke von **Tolstoi** und **Tagore** gelesen. Alle drei Aerzte erklären Hölz für zurechnungsfähig, nur der zweite Sachverständige spricht von einer **verminderten Zurechnungsfähigkeit.**

Justizrat Broh erklärt im Namen der Verteidigung, daß Hölz ein **revolutionärer Tatmensch und ein begeisterter Idealist** sei. Die bürgerliche Presse, insbesondere das „Berliner Tageblatt", habe vollkommen **falsche** Nachrichten über Hölz verbreitet. Hölz habe sich nie mit fremden Geldern die Hände beschmutzt, er steht rein da. **Alle requirierten Gelder sind von ihm immer für revolutionäre Parteizwecke verwendet worden.**

Hölz schildert, wie er in die kommunistische Bewegung gekommen sei. Als Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes wurde er für Requisitionen verantwortlich gemacht. Die Behörden setzten auf seinen Kopf steigende Belohnungen bis zu 30 000 M. aus. Er mußte schon 1919 illegal leben. Nach dem Kapp-Putsch flüchtete er nach der Tschechoslowakei, die ihn nicht auslieferte, da sie seine Taten als politische Verbrechen ansah. Hölz hatte jahrelang kein Heim und kein Haus. Hölz beschreibt, wie er bei seinen proletarischen Genossen Unterkunft fand.

Hölz: **Ich wohnte in tausenden von Arbeiterfamilien, die das letzte mit mir teilten und was ich da an Elend einerseits und andererseits an Opferwilligkeit sah, das bestärkte mich in meiner kommunistischen Ueberzeugung.**

Nach der Vernehmung Hölz' beginnt die Beweisaufnahme.

Der erste Zeuge war ein Fahrsteiger, der schilderte, wie Hölz die Bergleute aus dem Schacht zum Streik herausgeholt habe. Es treten dann ein paar Spitzel auf. Der erste, Kaufmann Alfred Leß aus Berlin, hat als Schreiber Verwendung gefunden. Der nächste Zeuge sitzt in Haft und hat sich in Dortmund bei der Polizei gemeldet, um Aussagen gegen Hölz zu machen. Er bestreitet lebhaft, das wegen der Belohnung getan zu haben. Auf Antrag der Verteidigung wird beschlossen, darüber den Polizeibeamten zu hören.

Gegen Schluß der Verhandlung kommt es noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Verteidigern und einem Beisitzer, da dieser die Maske zu deutlich fallen läßt und bei einer wichtigen Erklärung des Justizrats Broh mit wegweisender Handbewegung erklärt, **„er höre gar nicht zu, was der Verteidiger sage".**

Die gestrige Verhandlung stand genau so wie am ersten Tage unter dem außerordentlichen Schutz der Prätorianergarde der Bourgeoisie. Die Ausgabe der Pressekarten wurde dermaßen bürokratisch vorgenommen, daß es unserem Berichterstatter erst nach Ueberwindung aller möglichen Schwierigkeiten gelang, durch den dreifachen Kordon in den Versammlungssaal zu kommen. Den Zuhörerraum füllte wieder die „anständigste" Gesellschaft. Die Auswahl war mehrfach gesiebt. Proletariern war es unmöglich, eine Zuhörerkarte zu erhalten.

Gleich zu Beginn der Verhandlung kommt es zu **scharfer Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Gerichtshof** über die Frage, ob der am 1. Verhandlungstage vernommene Zeuge Böhnicke — ein Hauptbelastungszeuge — verteidigt werden soll. Rechtsanwalt Hegewisch verliest eine seinerzeit vom Berliner Polizeipräsidium veröffentlichte Auslobung, in der es heißt: **Wer aufklärende Mitteilungen, die zu einer Verurteilung des Hölz führen können, machen kann, dem setze ich 50 000 Mark Belohnung aus.** Diese Auslobung für Zeugenaussagen steht in ihrer Ungeheuerlichkeit einzig da in der Justizgeschichte. Sie ist geradezu eine Prämie auf falsche Zeugenaussagen. Menschen, die von schwachem Charakter sind, werden dadurch direkt veranlaßt, Hölz mehr zu belasten als wie sie vor ihrem Gewissen verantworten können.

Der Zeuge **Böhnicke** hat sich in seinen Aussagen direkt widersprochen. Es ist noch dabei in Betracht zu ziehen, daß er sich im Gefolge des Hölz aufgehalten hat.

Selbst der **Staatsanwalt** muß zugeben, daß Böhnicke in seinen Aussagen einen schwankenden Eindruck gemacht habe. Trotzdem besaß er aber die Stirn, auf seiner Vereidigung zu bestehen und sogar diese Auslobung, die einen direkten Anreiz zum Meineid darstellt, zu verteidigen.

Rechtsanwalt Hegewisch erwiderte treffend darauf, daß der Staatsanwalt eine andere Auffassung äußern würde, wenn die Verteidigung jetzt 100 000 Mark aussetzen würde, um Entlastungszeugen für Hölz zu gewinnen.

Das Gericht beschloß in längerer Beratung, den Zeugen **Böhnicke nicht zu vereidigen,** da er verdächtig ist, an den Straftaten teilgenommen zu haben. Aber auch ein Antrag der Verteidigung wird abgelehnt, der verlangt, daß 3 Eislebener Sipoleute vernommen werden sollen. Hölz protestiert gegen diesen letzten Beschluß. Von Anfang an habe er den Eindruck gehabt, daß

in Mitteldeutschland von bestimmten Kreisen Morde konstruiert

wurden, die ihm zur Last gelegt werden sollten. **Ich bestehe auf** die Vernehmung der Sipoleute fährt Hölz mit erregter Stimme fort, denn der eine von ihnen **legt mir einen Mord zur Last,** ein anderer hat ausgesagt, er wäre entflohen, nachdem er von mir mißhandelt wurde, **während ich es gerade gewesen bin, der verhindert hat, daß er erschossen oder mißhandelt wurde.**

Diese falschen Aussagen beweisen, daß ich Handlungen bezichtigt werde, die ich niemals begangen habe.

Wenn die Leute nicht vernommen werden, wird das ein Beweis dafür sein, daß sich dieses Sondergericht an der Konstruktion der Morde, die mir zur Last gelegt werden sollen, beteiligt.

Der Verteidiger fügt hinzu, die Behörden hätten sich bei **der Verfolgung des Hölz empörender Methoden bedient** und sich nicht mit Ruhm bedeckt. Wenn hier vor dem Gericht festgestellt werden kann, daß Zeugen beeinflußt worden sind, so läßt das bedeutsame Rückschlüsse zu.

Nach diesem Protest sieht sich das Gericht doch veranlaßt eventuell wenigstens einen dieser Zeugen zu laden, behält sich aber eine Beschlußfassung darüber vor.

Hierauf wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Ueber ein Dutzend Zeugen treten auf, die den Beweis dafür erbringen sollen, daß Hölz ein gemeiner Raub- und Mordbrenner sei. Bourgeoise und Kleinbürger, sind sie voll Gift und Galle gegen das revolutionäre Proletariat; für die politischen Motive, von denen sich Hölz bei seinen Taten leiten ließ, fehlt ihnen jedes Verständnis. Uebrigens suchen sie fast alle das zu beweisen, was Hölz in der Voruntersuchung und auch in der Verhandlung bereits zugegeben hat.

Der Zeuge, Hilfsprediger Schröder aus Toitschenthal, will am 23. März nach Eisleben gekommen sein, um seine Mutter zu besuchen. Auf der Straße sei er von „Hölz-Leuten" angehalten worden, einer fragte: „Wie heißen Sie?" Als er seinen Namen und seinen Beruf nannte, wurde ihm erklärt:

„Du bist verhaftet, du bleibst als Geisel.

sobald ein Arbeiter erschossen wird, wirst du auch erschossen." Später sei Hölz zu ihm gekommen, der ihn frug, ob er wisse, daß er Max Hölz sei. Als Hölz mit ihm sprach, sei dem Hölz gemeldet worden, daß irgendwo am Markt ein Mann hinter einem Fenster stehe und spioniere. Hölz zog seinen Revolver und gab kaltblütig vier Schüsse ab. Der Zeuge erklärt weiter, daß er sich hierauf entfernen wollte, er sei jedoch wieder eingeholt worden, die Verfolger packten ihn mit den Worten: „Du Aas, jetzt kommt du uns nicht wieder aus. Erst nach langen Verhandlungen wurde er dann freigelassen.

Staatsanwalt Jäger: Sahen Sie, wie Hölz auf den Kaufmann Jäger schoß?

Zeuge: Jawohl, Hölz gab drei Schüsse in der Richtung zum Fenster ab.

Der Zeuge Hildebrand aus Berlin schildert, wie er von Hölz verwundet wurde. „Auf dem Marktplatz in Eisleben stand ein Haufen Menschen, und ich ging ans Fenster, um zu beobachten. Ich hörte, wie Hölz eine Ansprache hielt. Plötzlich zog Hölz seinen Revolver und schoß auf mich. Eine Kugel traf mich am Oberarm."

Ein Beisitzer: Weshalb hat man auf sie geschossen?

Der Zeuge muß hierauf zugeben, daß er sich öfter über die Kommunisten sehr abfällig geäußert hat.

Auf Befragen des Verteidigers Hegerisch **kann er jedoch nicht bestimmt zugeben, daß Hölz der Schütze gewesen sei.** Der Zeuge, Ingenieur Paul Hildebrand, der Bruder des angeschossenen Hildebrand, will gehört haben, wie Hölz in Eisleben an die versammelte Menge eine Ansprache hielt und dabei sagte: Genossen, es geht aufs Ganze, Frauen und Kinder sind nicht zu schonen (??). Der Zeuge erklärt weiter, daß Hölz auf seinen Kopf 30 000 Mark ausgesetzt habe.

(Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer.)

An alle Bezirksleitungen!

Zur Regelung der Unterstützung der Familienangehörigen aller Genossen, die zum **Gewerkschaftskongreß nach Moskau** delegiert sind, bitten wir, umgehend an die Adresse

Wilhelm Koenen, Berlin C, Rosenthalerstraße 38,

mitzuteilen:

1. die genaue Adresse der zurückgebliebenen Familie;
2. ob der Delegierte verheiratet oder unverheiratet ist (Zahl der Kinder usw.);
3. den bisherigen Arbeitsverdienst;
4. ob der Delegierte Partei- oder Gewerkschaftsangestellter ist und ferner, ob den zurückgebliebenen Familien durch den Arbeitgeber oder durch Partei und Gewerkschaft eine Unterstützung zuteil wird und in welcher Höhe;
5. war der Genosse arbeitslos, so ist das noch besonders zu vermerken.

Berlin, den 10. Juni 1921.

Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD.

Die besessene Braut.

4) Von Konrad Loele.

Friedrich leugnete nicht, daß er jetzt ganz leidliche Geschäfte machte. Zum ewigen Aerger seiner Frau, die in Anbetracht ihres Fleißes ihr Einkommen noch viel zu gering fand. „Wir arbeiten", sagte Meta bei jeder Gelegenheit, „doppelt solange wie die Maurer, die jetzt sechs Mark Stundenlohn verlangen, die Halunken! Sechs Mark die Stunde!" Meta konnte vorzüglich rechnen. „Am Tage achtundvierzig Mark! Da müßte jeder von uns im Hause am Tage wenigstens hundert Mark haben!"

Daß sie für Wohnung, Heizung, Kost und Kleider fast überhaupt nichts auszugeben brauchten, hütete sie sich, wie alle Bauern, wohl, in Rechnung zu setzen. Nicht aber vergas sie, auf die Faulheit der Leute zu schelten: „Die Revolution ist schuld! Die Roten! Früher, wo wir noch unseren Kaiser hatten!"

Glücklicherweise stand die Reichstagswahl vor der Tür. Diesmal hatten die Bauern eine eigene Liste aufgestellt. Es tat unbedingt not, den Bauernstand von sachkundigen Bauern vertreten zu lassen.

Nach biederer Sitte gingen Andings am Wahlsonntag vorher in die Kirche. Nur die Großmutter blieb in der Küche, und auch Emil, auf dessen Wahlzettel man kein Gewicht legte, weil er genügend verdächtig war, rot zu wählen, konnte ruhig zu Hause bleiben. Aber Friedrich, Meta und Frieda labten sich vorerst an Gottes Wort.

Der Pfarrer rühmte das gute Jahr, das eine frühzeitige Ernte versprach; der erste Grasschnitt und der Klee wären wirklich nach Wunsch geraten. Er bat um Beibehaltung dieses gesegneten Klimas und lobte den Beruf der Bauern hoch, die in harter Arbeit der widerspenstigen Schalle Segen abgewännen, deren Schweiß der beste Dünger sei, sofern er in Gottes Namen geschwitzt werde, und deren kernhafte Art die letzte Hoffnung des Vaterlandes sei. „Ja," sprach er wohltönend, „ich glaube, um der Bauern willen läßt der Herr die Erde noch fruchtbar sein; denn sonst müßte ich mich wundern, warum er die Sittenlosigkeit dieser verderbten Zeit immer noch zuläßt. Sodom und Gomorra konnten nicht schlimmer sein, als heute die großen Städte und leider auch die kleinen." Er malte, ganz begeistert über die schöne Gelegenheit sich zu entrüsten, eine Strafe Gottes aus, einen Frühling, dessen Knospen nicht zur Entwicklung kämen, ein plötzliches Verharren des Winters, der ja, was gewiß dem Herrn ein Leichtes sei, nur einmal ein ganzes Jahr zu dauern brauche, um Mensch und Vieh zu vernichten.

Bei diesem Abschnitt der Predigt wurde Frieda, die bis dahin gedöst hatte, aufmerksam. Frieda war schreckhafter Natur, der Gedanke an einen solch endlosen Winter schlug sich ihr heftig auf's Gemüt und sie war nicht imstande, die Worte des Pfarrers als bloßen Redeschmuck zu deuten. Heiliger Himmel; wenn das Gras und das andere Grünzeug nicht wüchse, das könnte eine schöne Bescherung geben! Sie fröstelte in der Kirche und beunruhigte sich noch, als der Pfarrer längst bei einer anderen Betrachtung angekommen war. „Was hat uns denn die Revolution gebracht?" rief er jetzt mit klagend erhobenen Armen. „Wir hofften vielleicht, zweifelvollen Sinnes zwar, es käme der Weg nach Weimar. Aber nein, nicht nach Weimar, nach Moskau führt der Weg!" Seine Stimme dröhnte an den kahlen, weißgetünchten Kirchwänden und die Bauern freuten sich über das Gewitter. Sie wußten allerdings nicht, was mit dem Weg nach Weimar gemeint sein könne, das war ihnen wirklich dunkel. Aber Moskau, das verstanden sie schon. Die Bolschewisten sind böse Unmenschen, wie jeder weiß.

Zu allem Ueberfluß verlas der Pfarrer von einem Zeitungsblatt, das er aus den Falten seines Talares zog, ein angebliches Flugblat der Kommunisten, das damals die Runde durch alle wohlgesinnten Blätter gemacht hatte. „Geliebte im Herrn, hört diese Ruchlosigkeit! Hier steht ja, es steht wirklich hier: „Werdet Verbrecher! Kostet die süße Wonne des Verbrechertums aus! Schlachtet alle Staatsanwälte, schlachtet sie." Er las lange, und die Bauern bekamen eine Gänsehaut. „Das sind die Roten!" dachten sie bedenklich.

„Ja, so möchten sie, wenn sie könnten!" brüllte der Pfarrer. „Sie möchten auch bei euch, von eurem Fleiße plündern, wie sie es vor wenigen Wochen am liebsten getan hätten. Wenn sie könnten! Es soll ihnen nicht gelingen. Es liegt an euch, am letzten kleinen Bauern liegt es heute, am 6. Juni."

Danach sprach er das Vaterunser. Wenn ihm aber jemand gesagt hätte, seine Predigt sei eine Hetzrede übelster Sorte gewesen, er würde sich in Christi Namen höchst unwillig gegen einen solchen Vorwurf verwahrt haben. So, da seine Bauern beifällig nickten, konnte er getrost und unangefochten nach Hause gehen und sich bei Tisch mit seiner Familie über die furchtbare Notlage der armen Offiziere unterhalten, von denen schon wieder eine Anzahl entlassen werden sollte.

Die Wahl, die im Wirtshaus des Oberdorfes stattfand, verlief befriedigend. Es wurde in beiden Dörfern nur eine sozialistische Stimme abgegeben, übrigens eine mehrheitssozialistische.

Der alte Anding wartete schon mit dem Sonntagsbraten. „Der Pfarrer hat gesagt, die Sozialdemokraten wollen die Rechtsanwälte schlachten," sagte Meta beim Essen zu Emil, um ihm die Scheußlichkeit dieser Leute zu beweisen. Aber Emil bemerkte nur, das würde kein großes Unglück sein. Er hatte nämlich mit dieser Menschenklasse früher schlechte Erfahrungen gemacht.

Frieda aß so wenig, daß es ihrer Großmutter auffiel. „Mädchen, was ist denn nur mit dir? Friedrich, du mußt ihr wieder Sanatogen aus der Apotheke mitbringen."

(Forts. folgt.)

Spartakus.

Auf der Schiffswerft in Tjumen, in Sibirien, überwinterte die sibirische Flußflotille, unter ihnen die Schiffe „Karl Liebknecht", die „Dritte Internationale" und „Spartakus". „Spartakus" war der Dampfer, der bei der Vernichtung Koltschaks noch „Irtisch" hieß, und mit seinem ganzen Kommando zu den Roten übertrat, nachdem es seine ganzen Offiziere in den Schiffsraum eingesperrt hatte. Wie kam es, daß in dieser sibirischen Stadt der Dampfer „Irtisch" umgetauft wurde und „Spartakus" hieß? Wie kam es, daß im Jahre 1920 in Petrogard ein neues Hotel ebenfalls unter dem Namen „Spartakus" eröffnet wurde?

Der heldenmütige Kampf der deutschen Spartakusleute im Kriege, Liebknecht, der die Reichstagstribüne zur Barrikade machte, Rosa Luxemburg, die aus ihren Gefängnissen heraus mit dem Dynamit ihrer Bücher und Flugschriften den Burgfrieden sprengte, der kleine Mechanikerlehrling, der in Berlin oder in Stuttgart diese Flugzettel verteilte oder nachts an den Fabrikmauern anklebte, der unbekannte Fabrikarbeiter, der im Kriege wegen revolutionärer Propaganda ins Zuchthaus oder in den Schützengraben gesteckt wurde, die jungen Mädchen, die für die Sache der Revolution im Zuchthaus verwelkten, jeder einzelne von ihnen hat gemacht, daß in Petrograd das Hotel „Spartakus" genannt wurde und in Tjumen, in Sibirien, die Genossen den Dampfer „Irtisch" zum Dampfer „Spartakus" umtauften.

Die Knochenmühle der Front zermalmte das europäische Proletariat, der Tiger Clemenceau in Paris und der Bluthund Ludendorff im deutschen Generalstab, hetzten die Völker zu höherem Ruhm der kapitalistischen Vaterländer gegeneinander. Die deutschen Menschewiki aller Schattierungen erfanden die verräterische Parole vom Verteidigungskrieg, hüben wie jenseits der Front, und traten in die Regierungen oder Ministerien ihrer Kapitalisten ein, Scheidemann besprach sich mit Bethmann-Hollweg brüderlich über die Kriegsziele, und der Sozialist Thomas in Paris wurde Munitionsminister.

Die deutschen Spartakusleute rissen in jenen Tagen des Verrates und des millionenfachen Todes unerschrocken und kühn den Kapitalisten und ihren Helfershelfern, den Menschewiki, die Maske von den Gesichtern und enthüllten vor dem Proletariat das Antlitz dieses Krieges. Es war das ganz gemeine imperialistische Raubtiergesicht des Kapitalismus, das die Völker angrinste. Der Krieg wurde nicht um das „heilige Vaterland" geführt, für ägyptische Baumwolle, Gummi aus dem Kongo, Absatzmärkte in Asien oder Südamerika, um die Ausbeutung entlegener Länder und Völker ging dieser Krieg, und die Spartakusleute stellten in ihren leidenschaftlichen Aufrufen gegen die nationalen Parolen die internationalen und verkündigten: „In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung."

Ungeheure Opfer an Blut und Leben haben die Spartakusleute im Kriege und in der Revolution für die Revolution ergeben. In uns allen rasen noch die Stürme des deutschen November, Januar und März, in denen das deutsche Proletariat, die Spartakusleute voran, um ihren proletarischen Staat kämpften und gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats stellten.

In uns allen ist Bitternis, wenn wir an die zerschossenen Barrikaden, an die von den Weißen erstürmten Zeitungen und Bahnhöfe und an die von ihnen erschossenen Genossen denken. In uns allen ist Erbitterung und leidenschaftlicher Haß, wenn wir an die deutschen Menschewiki denken, die in den ersten Monaten der deutschen Revolution die feige verkrochene Bourgeoisie mit Flammenwerfern und Maschinengewehren bewaffneten und durch sie die neue Front in Deutschland, die Front gegen das Proletariat, aufstellen ließen.

Spartakus, das waren die bestgehaßten Kämpfer in der Revolution, das waren die mit dem übelsten Schmutz von der Bourgeoisie Beworfenen, das waren die, an deren Leibern die grausamsten Wunden klafften. Spartakus, das waren aber auch die, die mit ihren Kämpfen die Welt erschütterten, und das Echo ihrer Kämpfe dröhnte auch in den kleinen sibirischen Städten und in dem heldenmütigen Kampfe der russischen Arbeiter wieder.

Wie die russischen Kommunisten in ihrer offiziellen Parteibenennung RKP., noch den kleinen historischen Namen Bolschewiki führen, so führen auch die deutschen Kommunisten in ihrer offiziellen Parteibezeichnung noch den Namen Spartakusbund, wenn auch dieser Name nur eingeschrieben ist in den Herzen der deutschen und auch der russischen Arbeiter.

Die russischen Kommunisten und auch die russischen Konterrevolutionäre blicken in ihren Kämpfen immer auf Deutschland. Deutschland ist die Sehnsucht der Revolution und Konterrevolution. Die Konterrevolution hat ihren Ludendorff und Fritz Ebert, die Revolution ihren Liebknecht und ihre Luxemburg und als große weltbestürmende Idee den Kommunismus.

In Rußland werden die Spartakusleute besonders geliebt. Immer und immer wieder hört man von den Russen von „unseren Brüdern" reden, wenn sie von der „Gruppe Spartak", sprechen. Die wir die heldische Zeit des Spartakusbundes miterlebt haben, sind dieselben unzerbrechlichen Revolutionäre geblieben, wie in den Januar- und Märzkämpfen 1919. Die junge Generation, die in diesen Tagen aktiv in die Epoche des verschärften Bürgerkrieges tritt, auch diese junge Generation wird die heroische Epoche des Spartakusbundes, der das Herz der Vereinigten Kommunistischen Partei ist, erleben: die Epoche des endlichen Sieges, die Epoche der proletarischen Diktatur.

Max Barthel.

Breslauer Nachrichten

Amnestierte Kapprebellen

Es paßt sehr gut zu den gegenwärtigen Verhandlungen vor dem Außerordentlichen Gericht Breslau, daß gerade zu derselben Zeit vom Leipziger Reichsgericht die seinerzeit vom Breslauer Landgericht zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilten Autodverbrecher amnestiert werden, als das Wüten der Sondergerichte in Breslau beginnt. Das charakterisiert unsere traurige Ebertrepublik so recht. Kommunisten werden ins Zuchthaus geschickt und weiße Räuber und Mörder amnestiert. Das nennt man dann „demokratische Gerechtigkeit".

Die „Volkswacht" hat ganz recht, wenn sie dieses Urteil des Reichsgerichts einen Skandal nennt und treffend hinzufügt: „Die Republik kann sich begraben lassen, wenn sie eine solche Art der Rechtspflege weiter bestehen läßt." Sie hat sogar auch dann recht, wenn sie schließt: „Es genügt nicht, gegen solche Urteile zu protestieren; hier muß gründlich Wandel geschaffen werden." Das ist ganz unsere Meinung. Bloß hoffen wir nicht auf „unsere Genossen in der Regierung", wie es die „Volkswacht" tut, nein wir sind der Ansicht, daß auch diese Genossen keine Wandlung schaffen können.

Radikale Wandlung kann nur der starke Arm des Proletariats, kann nur die Revolution, die alle diese reaktionären Schandrichter entfernt.

Neuregelung des Lohnabzuges

Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Richtigstellung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon am 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorverhandlungen, zu der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen wurden, stehen dem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der allernächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 M. (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 13 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Posten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterbekassenbeiträge), Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) und die sogenannten Werbungskosten (Fahrgeld, Arbeitskleidung usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 M. jährlich — abgegeben werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erfolgen, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Notstände, wie Krankheiten in der Familie, Unfälle usw., in mißliche Verhältnisse geraten ist. Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Ueber die Sätze für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige steuerfreie Existenzminimum) läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Sätze unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern, daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Prozent errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (d. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu belassen sind, fällt künftig weg. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abschlages bekanntgegeben werden, den er von dem zehnprozentigen Lohnteil abzusetzen hat.

Ueber die Einzelheiten des Verfahrens Näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten stärkster wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erfassung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können. — Auf dem Gebiete des Steuerabzugs von Lohn und Gehalt ist schon soviel herumgedoktert worden, daß man auch den hier geplanten Operationen mit gemischten Gefühlen entgegensieht.

Aus der Provinz

Das Ergebnis sozialdemokratischer Denunziation.

Im Waldenburger Revier herrscht Sipo und Reichswehr. Die Gewerkschaftsbonzen und Sozialdemokraten haben nicht genug daran, daß sie den Streik abgewürgt und die Bergleute erneut den Unternehmern in die Hände gespielt haben. Diese Schufte sehen, daß durch ihr verräterisches Treiben die Massen ihnen den Rücken kehren. Um dies zu verhindern, vor allem um zu vermeiden, daß die Betrogenen zu den Kommunisten kommen, haben sie die Staatsgewalt zu Hilfe gerufen.

Die Sipo im Verein mit einem Spitzelheer macht seit einigen Tagen Jagd auf alle bekannten Kommunisten. Frech und brutal gehen die Grünen vor. Aber nicht nur Kommunisten verhaften sie, sondern einfach alle, die dem Verrat der Gewerkschaft und Bergwachtlumpen entgegengetreten sind. Ueber dreißig Arbeiter sind verhaftet und sind nach Schweidnitz transportiert.

Der Bevölkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Die Einsicht über ihre seitherigen „Führer" kommt.

Die Gemeinheit der Bonzen zeigt sich am besten an folgendem Beispiel: Der Oberbonze Martmöller, der extra aus dem Ruhrgebiet zum Abmurksen des Streiks bestellt wurde, verhandelte während des Streiks mit den unzufriedenen Arbeitern nur in Gegenwart von Polizeibeamten.

Als eine Abordnung von Bergleuten zu ihm kam, um im Namen der Belegschaften die Weiterführung des Streiks zu fordern, beorderte dieser Lump telephonisch 8 Schutzleute in das Büro. Zwei Mann flankierten die Delegation, ein Mann stand an der Tür und die übrigen hielten die Eingänge besetzt.

So müssen sich diese Banditen vor der Liebe ihrer Verbandskollegen schützen. Diese Halunken haben durch ihren Verrat erreicht, daß Arbeiter gemaßregelt werden. Sie verkaufen die Belegschaften des Neuroder Reviers, die am Freitag noch geschlossen in dem Streik standen. Im Neuroder Revier maßregeln die Grubenbarone die Funktionäre des Verbandes. Als daraufhin die Arbeit wieder geschlossen niedergelegt wurde, vertrösteten die Bonzen die Arbeiter auf den Schiedsspruch der Arbeitsgemeinschaft in Waldenburg, die Arbeitsgemeinschaft, die auch die glorreiche Errungenschaft des Streiks, die acht Pfennige pro Stunde, zur Verteilung nach Alter und so weiter zu besorgen hat.

Diese Gewerkschaftshalunken und Bergwachtdenunzianten gehören zum Teufel gejagt.

Das Bergproletariat hat seine Freunde erkannt.

Bergleute kämpft in Eurem Verbande diese Halunken nieder.

Gebt den verräterischen Sozialdemokraten und Bergwachtkulis den Tritt, den sie schon lange verdienen.

Schließt Euch zusammen gegen den weißen Schrecken, gegen die Grubenbarone, gegen ihre Zuhälter, die Unternehmersozialisten.

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, Gmbh., Berlin S. 14.

Preisw. Möbel

2tür. pol. Schrank 525, 2tür. pol Vertiko 520, Nußb.-Vertiko 400, pol. Ausziehtisch 240, Rohrst. 50, großer Spiegel mit Stufe 500, Plüschsofa 590, Chaiselon 280, eich. schöne Standuhr 1200, K. Plüschsofa 4 0, Patent-Matr. 125, Zimmer-Büfett 1400, eich. Büfett 2000, eich. Schreibt. 780.

...m. Giesel, Brüderstr. 23

Bessere

Herrengarderobe

Anzüge, Jacketts, Sommerüberzieher, auch Frack- und Gehrockanzüge

kauft **Hadamek,**

Brandenburger Straße 9 III.

Kommunistische Literatur

Marx u. Engels, Das Kommunistische Manifest . . . M. 2.—
Gorter, Der historische Materialismus . . . . M. 4.—
Luxemburg, Die Krise in der Sozialdemokratie (Juniusbroschüre) . . . . M. 2.—
—, Sozialreform oder Revolution . . . . . . M. 2.—
Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution . . M. 3.—
Spartakusbriefe . . . . M. 5.—
Luxemburg, Rede zum Programm . . . . . M. 0.50
Sinowjew, Was d. Kommunistische Internationale war und was sie sein wird . . . . M. 1.—
Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale . . . . M. 2.50
Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale . . . . M. 1.—
Klara Zetkin, Der Weg nach Moskau . . . . M. 1.—
Trotzky, Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky) . . . . M. 4.50
Szantl, Klassenkämpfe u. die Diktatur in Ungarn M. 6.50
Varga, Die wirtschaftlich-politischen Probleme der proletarischen Diktatur . . . . M. 3.50
Losowsky, Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften . . . . M. 1.25
Brandler, Gewerkschaften und Betriebsräte . . M. 2.—
—, Betriebsräte und politische Arbeiterräte . . M. 1.50
Schlapnikoff, Die russischen Gewerkschaften . M. 2.—
Miljutin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland . . . . M. 3.50

Literatur über Sowjetrußland

J. Lenin und L. Kritzmann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917—1920 . . . . M.11.—
Kodes der Arbeit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik . . . . . M. 2.40
Karl Radek, Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital . . M. 1.—
—, An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjetrußland . . . . M. 0.50
J. Stepanow, Über ausländische Konzessionen M. 1.—

Aufklärende Schriften

Lederer, Gott und Teufel im 20. Jahrhundert . M. 1.—
Nieuwenhuis, Die Bibel . . . . M. 2.80
—, Der Gottesbegriff. Seine Geschichte und Bedeutung in der Gegenwart . . . . M. 0.75
—, Das Leben Jesu . . . . M. 2.—

Wir empfehlen:

Holitscher, Drei Monate in Sowjetrußland . . M.21.—
Nexö, Der Morgen graut . . . . M.11.—
Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis . . . M. 6.50
Liebknecht, Briefe aus dem Felde und dem Zuchthaus . . . . M.18.—

Soeben erschienen:

Karl Radek, Die Krise in der VKPD. . . . . M. 0.25
Kabaktschaieff, Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens . . . . M. 1.50
N. Lenin, Die Lehren der Revolution . . . . M. 2.—
—, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? . . . . M. 2.—
—, Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen . . . . M. 2.—

Zu beziehen durch: Kommunistische Bücherei - Breslau V, Gräbschener Str. 45